

# Rathaus-Seiten

Eine Beilage der SPD-Fraktion Wiesbaden · Juni 2009

SPD

www.spd-fraktion-wiesbaden.de



**2 HSK: Das Engagement der SPD zahlt sich aus**



**3 Bürgerhaushalt: Mehr Mitsprache erwünscht**



**4 Saubere Stadt? Zu wenig hat sich getan**

## Der schwere Weg zur Bildungsstadt

In Wiesbadens Schullandschaft gibt es viele Baustellen. Im echten Leben ebenso wie im übertragenen Sinn. Handlungsbedarf besteht allerorten.

Das drängendste Problem hat eine Studie der Universität Mainz gezeigt: Auch in Wiesbaden ist der Bildungserfolg eines Kindes weniger von seiner Intelligenz abhängig als vom sozialen Status seiner Eltern. „Kinder von weniger gut gestellten Eltern haben schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss als Kinder aus gutem Hause“, bringt das der sozialpolitische Sprecher der Rathaus-SPD, Sven Kötschau, auf den Punkt.

Als Ziel städtischer Sozial- und Bildungspolitik nennt er bestmögliche Bildungschancen für alle. Das bedeute insbesondere auch: frühzeitig und zielgenau fördern. Fördern durch einen weiteren Ausbau der Betreuenden Grundschule mit ihren wichtigen Angeboten wie Hausaufgabenbetreuung, Ferienfreizeiten, sozialem Miteinander und pädagogischer Unterstützung.

Immer mehr Schulen in Wiesbaden planen inzwischen, ganztägig zu arbeiten. „Aus unserer Sicht ist die Ganztagschule die Schulform der Zukunft, weil sie die unterschiedlichen

„Aus unserer Sicht ist die Ganztagschule die Schulform der Zukunft“

Lernvoraussetzungen der Kinder am ehesten ausgleichen kann“, erklärt der SPD-Schulpolitiker Helmut Nehrbaß.

Doch statt auf die in Wiesbaden allseits anerkannte und bewährte Betreuung der

Betreuungsausweitung, die sich überwiegend auf Elternvereine stützt. „Das greift zu kurz“, kritisiert Nehrbaß. Damit werde eine öffentliche Aufgabe vom Schulträger, also der Stadt Wiesbaden, auf die Eltern abgewälzt und ihnen damit die ganze Verantwortung aufgebürdet.

Die Unzufriedenheit vieler Eltern ist unübersehbar. Die Zahl der

eingerichtete Jawlensky-Schule konnte den Mehrbedarf nicht decken. Zusammen mit dem Stadelternbeirat fordert die SPD schon lange eine weitere IGS. Auch Teile der Jamaika-Koalition verlangen in der Presse gerne mal eine innenstadtnahe IGS. In die Praxis umgesetzt wird das aber nicht. Dabei haben sich die Schulgremien der Heinrich-von-Kleist-Schule einmütig für eine Umwandlung in eine IGS ausgesprochen haben. Die Rathaus-Koalition verspricht, Elternwünsche ernst zu nehmen, Taten folgen diesen Worten aber nicht.

Zumindest im Schulbau wird sich in den nächsten zwei Jahren einiges bewegen können. Millionenzuschüsse aus Sonderprogrammen des Bundes und des Landes machen es möglich. Anlass zur Sorge geben aber die jüngsten Pannen bei Bauvorhaben an der Stifter- und an der Niemöller-Schule.

„Das Hochbauamt muss deshalb auch personell in

die Lage versetzt werden, den wachsenden Aufgaben gerecht zu werden“, betont Helmut Nehrbaß. Keinesfalls dürften bereits geplante Projekte in die Warteschleife rutschen, weil jetzt erst die Sonderprogramme abgearbeitet werden müssen.

Die Diskussion um die European Business School und eine mögliche „Universitätsstadt Wiesbaden“ (siehe Kommentar) lenke von der Frage ab,

wie Wiesbaden als Bildungsstadt ganz nach vorne kommen kann, mahnt der Schulpolitiker. Die Probleme seien klar benannt und müssten konsequent angegangen werden. „Prestigeprojekte helfen uns auf diesem schweren Weg nicht weiter.“



Die Fachhochschule Wiesbaden: Über 5000 Studierende bereichern das Leben in unserer Stadt, die FH wünscht sich dringend eine räumliche Erweiterung und hier dürfen alle jungen Leute studieren - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das ist bei der European Business Scholl (EBS) anders.

die zügige Umsetzung der gewünschten Ganztagschule setzt die Jamaika-Koalition in Wiesbaden auf eine

privaten Schulen in Wiesbaden zeigt ein deutliches Wachstum. Eltern flüchten - sofern sie sich das leisten können - aus dem öffentlichen System. „Die Stadt sollte richtungweisend und vorbildlich im Bildungsbereich vor-

gehen, anstatt dieses Feld privaten Initiativen zu überlassen“, fordert Nehrbaß. Unzureichend und unbefriedigend ist auch das Angebot an Gesamtschul-

Plätzen in Wiesbaden. Seit vielen Jahren übersteigt die Nachfrage deutlich das vorhandene Angebot. Auch für das kommende Schuljahr konnte vielen Kindern kein IGS-Platz in der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden. Selbst die neu

„Prestigeprojekte helfen uns auf dem Weg zur Bildungsstadt nicht weiter.“

### Die Moritzstraße: Das will die SPD

Geradezu komisch mutet es an, wenn die European Business School (EBS) nun als „einzige mögliche Lösung“ für die Nachnutzung des Gerichtsareals an Moritz- und Oranienstraße gepriesen wird.

Der Fairness halber sollte aber erwähnt werden, dass die (damals noch schwarz-gelbe) Stadtregierung bereits Ende 2004 aufgefordert worden war, mit dem Umzug der Gerichte an die Mainzer Straße eine Nachnutzung in die Wege zu leiten. Und bereits Mitte 2006 hat die SPD-Rathausfraktion eine öffentliche Diskussionsveranstaltung für Anwohner und Gewerbetreibende angeboten, bei der über die künftige Gestaltung des Gerichtsareals gesprochen wurde.

Anschließend hat die SPD einen städtebaulichen Ideenwettbewerb gefordert und hat den Magistrat immer wieder gebeten, die zukünftige Nutzung des Gerichtsgeländes vorzustellen. Passiert ist aber genau nichts. Auch Ideen wie eine mögliche Unterbringung von Stadtbibliothek, Stadtmuseum oder Stadtarchiv wurden nicht ernsthaft geprüft.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Wiesbaden hat anscheinend den Lottojackpot geknackt. Anders ist nicht zu erklären, dass der Oberbürgermeister in Zeiten der Krise millionenschwere Geldgeschenke macht. Stolze 10 Millionen Euro damit eine private Hochschule zur Universität werden kann.

Schick wäre das ja schon, wenn sich Wiesbaden plötzlich Universitätsstadt nennen dürfte. Aber dafür 10 Millionen? Für eine private Hochschule, die sich aus Studiengeldern ihrer Studierenden und großzügigen Spenden finanziert?

Bitte nicht vergessen: Hochschulstadt ist Wiesbaden schon lange. An der Fachhochschule studieren allein am Standort Wiesbaden über 5000 junge Menschen. Städtische Zuschüsse bekommt die FH dafür nicht. Erst recht keine 10 Millionen. Womöglich fehlen da nur die guten Kontakte ins Büro des Oberbürgermeisters. Das sieht bei der EBS anders aus: OB Müller ist sogar Vorsitzender eines Fördervereins für die European Business School.

Keinesfalls geht es bei der Diskussion über eine öffentliche Förderung der EBS um eine Neiddebatte. Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit und nach einem vernünftigen Maß muss aber gestellt werden.

Dieses Maß ist der Rathauskoalition aus CDU, FDP und Grünen völlig abhanden gekommen. Die Mitgliedschaft der Grünen hat das erkannt und auf die Bremse getreten. Leider haben ihre Rathausvertreter nicht darauf gehört.

Ihr Axel Imholz  
Fraktionsvorsitzender

# Verbundlösungen gehört die Zukunft

„Die Zukunft kommunaler Krankenhäuser“ war Diskussionsthema im Presseclub / Experten weitgehend einig

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die mögliche Privatisierung der Wiesbadener Dr. Horst Schmidt Kliniken hatte die SPD-Stadtvordereitenfraktion zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Die Zukunft kommunaler Krankenhäuser“ eingeladen.

Auf dem Podium diskutierten - moderiert vom Wiesbadener Landtagsabgeordneten Ernst-Ewald Roth - der sozial- und gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dr. Thomas Spies, der Geschäftsführer der Städtischen Kliniken Bielefeld, Dr. Johannes Kramer, sowie Andreas König von ver.di Wiesbaden. Das Thema der Runde war die Frage, wie die öffentlichen Krankenhäuser trotz des Auftrags der Maximalversorgung ebenso effizient arbeiten können wie private Kliniken.

Kramer kritisierte, dass sich die privaten Häuser die Rosinen herauspicken können während die städtischen z.B. Isolierstationen bereithalten müssten, die allerdings nur im Fall einer Epidemie komplett ausgelastet werden und sonst nur Kosten verursachen. Thomas Spies stellte klar, dass erst eine optimale Gesundheitsversorgung sichergestellt werden muss und erst im zweiten Schritt nach der Kosteneffizienz zu fragen sei. Wobei man eigentlich nur im Personalbereich sparen könne, der immerhin 80 Prozent

der Ausgaben eines Krankenhauses ausmache. Gleichzeitig warnte er aber davor, städtische Kliniken zu privatisieren. „In dem Moment, in dem öffentliches Eigentum verkauft wird, verliert man jeden Einfluss darauf“, so Spies.

Auch ver.di-Vertreter König warnte vor Klinikprivatisierungen, da bei privaten Krankenhäusern die Gewinne meist direkt an die Anteilseigner abfließen und nicht wie bei öffentlichen wieder in das System investiert würden. Als Lösungsansatz favorisierten die Gesprächspartner die Verkettung von kommunalen Krankenhäusern in einer Region durch die Gründung von Holdings, also übergeordneten Gesellschaften. So könne man durch Einkaufsgemeinschaften preiswerter Material beschaffen und Verlust bringende Fachbereiche so aufteilen, dass diese von einer bestimmten Klinik des Verbundes übernommen werden. Zudem wurde vorgeschlagen, durchzusetzen, dass Leistungen, die von anderen (privaten) Kliniken nicht ange-

boten werden und Verluste bringen, stärker entlohnt werden. Immerhin habe man hier ein Alleinstellungsmerkmal das einen Mehrwert für die Kommunen darstelle.



Diskutierten im Presseclub über die Zukunft kommunaler Krankenhäuser: Der Geschäftsführer der Städtischen Kliniken Bielefeld, Dr. Johannes Kramer, der Wiesbadener Landtagsabgeordnete Ernst-Ewald Roth, der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dr. Thomas Spies, sowie Andreas König von ver.di Wiesbaden.

## SPD-Engagement erfolgreich: HSK bleiben städtisch

Aber weiterhin Ungereimtheiten bei Sanierungstarifvertrag

Wir befinden uns im Jahre 2007. Um der HSK aus ihrer wirtschaftlich angespannten Lage zu helfen, wurde ein Sanierungstarifvertrag verabschiedet. Alle Vertragsparteien Stadt, Geschäftsleitung, Beschäftigte haben ihren Beitrag geleistet.



Der Kampf der Wiesbadener SPD gegen die Privatisierung der HSK wurde öffentlich wahrgenommen.

Alle Vertragsparteien...? Nein! Ein von unbeugsamen CDU-Politikern bevölkerter Magistrat hört nicht auf, den Vertragsverpflichtungen Widerstand zu leisten. Und das Leben ist nicht leicht für die Beschäftigten der HSK.

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich im Februar 2009 auf Drängen der SPD-Fraktion mit eindeutiger Mehrheit zur kommunalen Trägerschaft der Dr. Horst Schmidt Kliniken (HSK) bekannt. So weit, so gut, so unklar.

Die SPD-Fraktion hatte Fragen gestellt - Fragen die nicht dazu da waren, um die HSK schlecht zu reden, sondern Fragen, die den

SPD-Vertretern in Gesprächen mit Mitarbeitern, dem Betriebsrat oder Menschen auf der Straße gestellt wurden. Fragen, die durch die im Sanierungstarifvertrag festgeschriebene Übertragung eines Grundstücks angeheizt wurden. Fragen, die sich stellten, nachdem die Landeshauptstadt Wiesbaden dieser Übertragung nicht nachkamen.

Der Sanierungstarifvertrag war nun von jeder Partei mit sofortiger Wirkung kündbar, weil dieser Verpflichtung nicht bis zum 1. Januar 2009 nachgekommen worden war: Das Grundstück wurde nämlich gekauft, aber nicht

übertragen. Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) bestritt, dass es sich überhaupt um das entsprechende Grundstück handelte, der Marburger Bund, die Gewerkschaft der Kinikärzte, widersprach ihm daraufhin öffentlich. OB Müller behauptete schließlich, dass ein anderer Weg gefunden worden sei, um das Eigenkapital der HSK zu erhöhen, die Stadt werde Pensionsrückstellungen übernehmen.

Bleibt die Frage, warum überhaupt die Idee aufkam den HSK ein Grundstück zu übertragen? Bereits im September 2008 wurde die Pensionsrückstellungen bilanziert,

obwohl es keinen Beschluss darüber gab. Wenn die Rettung der HSK ein „Tanz auf der Rasierklinge“ sei, wie der Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung betonte, dann gebiete es doch die Vernunft, auch die Tarifpartner einzubinden. „Es ist doch klar, dass das Klinikpersonal, der Marburger Bund und ver.di nervös werden und Privatisierungsabsichten befürchten, wenn man sie nicht informiert. Krisenmanagement bedeutet, den Weg aus der Krise zu zeigen und nicht noch eine Kommunikationspanne herbei zu führen,“ kommentiert der SPD-Sozialpolitiker Sven Kötschau.

## Stadtparlament: SPD-Initiativen aufgegriffen

Umwelt-, Verkehrs- und Beteiligungsprojekte als Prüfaufträge vergeben oder direkt angenommen

Die SPD-Rathausfraktion versteht ihre Oppositionsarbeit einerseits als sorgfältige Kontrolle der Beschlüsse der Jamaika-Koalition im Rathaus. Dass es dort genug zu kontrollieren gibt, zeigt sich etwa beim Thema Moritzstraße aber auch bei der Stadtentwicklung oder der Schulbaupolitik.

Andererseits ist es die Aufgabe der sozialdemokratischen Stadtverordneten, im Parlament und in den Ausschüssen konstruktive Vorschläge zum Wohle der Stadt zu machen. Einige Beispiele:

### Verkehrspolitik voranbringen

Auf SPD-Vorschlag stimmten CDU und FDP einem Antrag zu,

in dem nicht nur die intensive Weiterverfolgung öffentlicher Nahverkehrsprojekte wie der Aartalbahn oder der Wallauer Spange gefordert wird. Auch der bald nötige Ausbau der A 66 zwischen Schiersteiner Kreuz und Erbenheim soll von der Stadt angegangen werden, damit dieses Nadelöhr beseitigt wird. Dies ist vor allem im Hinblick auf den geplanten Ausbau der Schiersteiner Brücke wichtig.

### Mehr Sonnenenergie für Wiesbaden

Der Umweltausschuss hat auf Antrag der SPD nicht nur die Umweltdezernentin daran erinnert, dass bereits vor einem Jahr im Zusammenhang mit

dem Neubau bzw. der Sanierung der Martin-Niemöller-Schule ein Beschluss gefasst wurde, auf dem Schuldach in jedem Fall eine Solaranlage einzuplanen.

Auch die Tatsache, dass ESWE bereits seit längerem die Beratung für eine energetische Ertüchtigung von Eigenheimen finanziell unterstützt, geht auf eine (von der schwarz-gelbgrünen Koalition ursprünglich abgelehnte) parlamentarische Initiative der SPD zurück.

### Stadt muss Vorreiter bei Passivhäusern werden

Es ist schon ein Weilchen her, da wurde im Stadtparlament beschlossen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden bei

eigenen Bauprojekten oder Maßnahmen ihrer Tochtergesellschaften auf den Passivhausstandard achten soll - auch als Vorbild für private Bauträger.

Bei den Neubauten in der Siedlung Weidenborn im Ortsbezirk Südost ist nun die GWW - Wiesbadener Wohnbau der Meinung, Neubauten im Passivhausstandard seien zu teuer. Dabei existiert ein Gutachten, das genau das Gegenteil belegt.

Die SPD wird das Projekt weiterhin konstruktiv begleiten und auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung ökologischer Standards - gerade bei städtischen Projekten achten - wer, wenn nicht die Stadt, könnte

hier Vorreiter sein? Die Stadt Frankfurt hat gezeigt wie's geht.

### Bürgerservice ausbauen

Im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration konnte die SPD erreichen, dass nun auch für Wiesbaden geprüft wird, ob sich ein mobiles Bürgerbüro nach Taunussteiner Vorbild einrichten ließe.

So könnten sich gerade alte, kranke oder gehbehinderte Menschen so manchen Weg ins zentrale Bürgerbüro sparen, weil ihnen fertige Dokumente oder Formulare von den Mitarbeitern des Bürgerbüros auf Anfrage nach Hause gebracht werden - in Taunusstein ein Erfolgsmodell.

# Bürgerbeteiligung GROSS geschrieben!

## Bürgerhaushalt und Jugendparlament: Erfolgreiche Initiativen der SPD-Fraktion

Mehr Bürgerbeteiligung wagen! Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Ansprache zum Amtsantritt die Richtung vorgegeben - eine richtige Richtung, nicht nur auf Bundesebene.

Auch für die Kommunalpolitik stellt sich die Frage, wie man mehr Bürgerbeteiligung verwirklichen kann. In Wiesbaden laufen hierzu derzeit zwei Projekte an, die die Rathaus-SPD maßgeblich mit angeschoben hat: Der städtische Bürgerhaushalt und das Jugendparlament.

Der Bürgerhaushalt ist keine Wiesbadener Erfindung, er wird und wurde bereits in anderen Städten angewendet.

Damit der Bürgerhaushalt in Wiesbaden zu einer Erfolgsgeschichte wird, startet er in zwei Schritten. Für den Doppelhaushalt 2010/11 gibt es zunächst ein erweitertes Teilnahmeverfahren der Ortsbeiräte. Das heißt: Jeder Ortsbeirat schlägt fünf Projekte für seinen Haushaltsentwurf vor, über die die Bürgerinnen und Bürger abstimmen können. Dies geschieht per Internet oder

in einem ‚Gästebuch‘, das bei den Ortsbeiräten ausliegt. So wird ermittelt, was den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort besonders wichtig ist. Anschließend Veranstaltung müssen dann die Stadtverordneten sowie die Stadtverwaltung den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft über die gewünschten, jedoch abgelehnten Maßnahmen ablegen.

Für den Doppelhaushalt 2012/13 soll dieses Verfahren auf den gesamten städtischen Haushalt ausgedehnt werden. Dann wird es ein wirkliches Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger bei den wichtigen Fragen der Stadtpolitik geben - zum Beispiel bei Kinderbetreuung, Sauberkeit, Grünpflege oder Kultur.

Mitsprache in kommunalen Angelegenheiten haben bereits die Senioren und die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger - nämlich im Senioren- bzw. Ausländerbeirat. Die SPD hatte hier zu Recht die Frage gestellt: Warum gilt Gleiches nicht für die Jugend? Warum hat diese für die Stadt so wichtige Bevölkerungsgruppe



So soll es aussehen, das Plakat zum Bürgerhaushalt. Und ab 2011 soll es nach Vorstellungen der SPD auch ein „echter Bürgerhaushalt“ werden.

kein Mitspracherecht in der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen?

Nach langem Zögern der Jamaika-Mehrheit gibt es nun endlich ein Jugendparlament, das eine Mitsprache der 14- bis 21jährigen ermöglicht. Hier muss sich allerdings noch erweisen, wie ernst es die Koalition mit diesem Mitspracherecht

meint. Denn die Teilnahme an den Gremien der Stadt ist für die Mitglieder des Jugendparlamentes nur mit beratender Stimme möglich. Und verbindliche Beschlüsse wird es nicht fassen können. Die Rathaus-SPD wird deshalb darauf achten, dass das Jugendparlament auch gehört und seine Beschlüsse wenn möglich umgesetzt werden. Nur so ist es mehr als eine Spielwiese für potentielle Nachwuchspolitiker.

Nach der Kommunalwahl 2011 wollen wir Elemente der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene ausbauen und die Menschen an mehr Entscheidungsprozessen als bisher beteiligen. Gerade im persönlichen Lebensumfeld in einer Stadt ist dies wichtig - denn eine Politik der Hinterzimmer schafft am Ende nur Politikverdrossenheit.

## Bürgersprechstunde kommt an

„Immer wenn Wahlkampf ist, geht Ihr auf die Straße, sonst lasst Ihr Euch ja nicht blicken.“ So oder so ähnlich hören es ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker aller Couleur häufig, wenn sie in Wahlkampfzeiten Werbung für ihre Partei machen.

Die Wiesbadener SPD-Rathausfraktion hat bereits im Frühjahr 2008 beschlossen, diesen Vorwurf zu entkräften und bietet jetzt seit über einem Jahr eine monatliche Bürgersprechstunde an. „Wir möchten den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit bieten, mit den Stadtverordneten ins Gespräch

zu kommen, ein bestimmtes Anliegen vorzutragen oder ihre Meinung zu äußern“, erläutert der Fraktionsvorsitzende Axel Imholz das Konzept der Bürgersprechstunde.

Die SPD-Fraktion verteilt daher auch keine bunten Flyer. Die Stadtverordneten stehen vielmehr bereit, um den Menschen zuzuhören und auf sie einzugehen. „Das Konzept, jeden ersten Samstag im Monat von 11 bis 13 Uhr an einem festen Standort zwischen Rathaus und Dern'schem Gelände in der Marktstraße präsent zu sein, kommt an“, sagt Imholz, der selbst kaum eine Bürgersprechstunde verpasst hat.

Und nicht selten erhalten die Parlamentarier wertvolle Hinweise für Ihre Arbeit oder Anregungen für Initiativen im Stadtparlament. Manchmal ist aber einfach nur ein Kaffee und ein Schwätzchen gefragt - und das gibt's dann auch.



Jeden ersten Samstag im Monat im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern: Vertreter der SPD-Fraktion am Informationsstand am Rathaus.

## Vorstand der SPD-Fraktion bestätigt

Die SPD-Rathausfraktion im Wiesbadener Stadtparlament besteht aus 24 Stadtverordneten, die jedes Jahr ihren Vorstand wählen oder bestätigen.

Der Fraktionsvorstand setzt sich aus den Fachsprechern für die einzelnen Politikfelder sowie



dem geschäftsführenden Vorstand, der die tägliche Arbeit koordiniert, zusammen. Ende April wurde der

Vorstand der Rathaus-SPD offiziell im Amt bestätigt. Geführt wird die Fraktion von **Axel Imholz**.

Der studierte Publizist ist im Hauptberuf Kommunikationsberater und verfügt über umfangreiche politische Erfahrung: Von 1989 bis 1997 saß Imholz schon einmal im Wiesbadener Stadtparlament. Dort war er zunächst jugendpolitischer Sprecher, 1994 wurde er Ausschussvorsitzender für Schule und Kultur. Nach einer kurzen parlamentarischen Pause als Geschäftsführer der

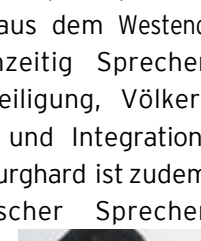
Fraktion wurde Imholz 2006 für den Ortsbezirk Südost erneut ins Parlament und 2007 zum Vorsitzenden gewählt. Unterstützt wird der 43 Jahre alte Imholz von seinen beiden Stellvertretern, **Hans-Peter Schickel** (oben) und



**Kai-Christofer Burghard** (links). Schickel, Verwaltungsfachwirt, Sozialarbeiter und Diplompädagoge, kommt aus dem Westend und ist gleichzeitig Sprecher für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration. Rechtsanwalt Burghard ist zudem planungspolitischer Sprecher der Fraktion.



Seit diesem Jahr hat die SPD einen parlamentarischen Geschäftsführer. Der Biebricher **Sven Gerich** will in diesem Amt der Rathauskoalition noch stärker auf die Finger klopfen und das Oppositionsprofil der SPD weiter schärfen.



Wie aus Spießbaden Wiesbaden wird - Teil III

Von Christoph Manjura

Wer hätte das gedacht? Der Kultur- und Freizeitpark im Salzbachtal wurde nach über siebenjähriger Ideengeschichte Anfang Juni eingeweiht und die Kreativfabrik ergänzt das Abendprogramm im Salzbachtal mit Diskos und Auftrittsmöglichkeiten für lokale Bands. Dazu residiert seit kurzem mit der Murnau-Stiftung eine Institution am Kulturpark, die mit ihren Ausstellungen zur Filmgeschichte und ihrem Programm kino das kulturelle Angebot am Schlachthof abrundet. Alles wunderbar also? In der Tat können die Beteiligten vor Ort stolz darauf sein, dass Ihnen das „Bohren dicker Bretter“ in der Wiesbadener Stadtpolitik gelungen ist.

Wiesbaden hat seinen Kulturpark bekommen und auch dessen Kernstück, der Schlachthof, soll - so hat es das Wiesbadener Stadtparlament im Mai entschieden - saniert und umgebaut werden. Ein notwendiger Schritt, welcher der überregionalen Bedeutung des Schlachthofs gerecht wird und dessen Zukunft als Veranstaltungsort sichert. Und wie geht's weiter? Nach KuK, Kino und Kreativ-



fabrik fehlt nun eigentlich nur noch ein K am Kulturpark: die Kreativwirtschaft - eine der Wachstumsbranchen in Wiesbaden mit mehreren tausend Beschäftigten. Mit einem „Haus des Designs“, einem innovativen und originellen Gebäude, das man hinter der Murnau-Stiftung platzieren könnte, ließen sich gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: 1. Ein Gebäude, das ein echter Hingucker wird - von der Mainzer Straße und den Gleisen aus sichtbar 2. Eine angemessene öffentliche Repräsentanz der Branche. Und 3. Die Förderung von Existenzgründungen für Kreative, beispielsweise mit Bürogemeinschaften. Darüber lohnt es sich nachzudenken!

Der direkte Draht zur SPD-Fraktion:

0611-31 33 37

## Unausgegorene Planungen zum Kureck

Auch sonst tut sich nicht viel - Außer Investorenwünschen

Stadtentwicklung ist in Wiesbaden ein heikles Thema, vor allem wenn es um die Innenstadt geht. Dabei fällt in jüngster Zeit vor allem auf, dass die Jamaika-Koalition offenbar keine eigenen Ideen für eine zukunftsgerichtete Planung entwickelt, sei es aus Uneinigkeit, sei es aus mangelnder Bereitschaft, für

**Projekte kommen nur dann voran, wenn ein Investor sich verwirklichen kann.**

eine Stadtplanung zum Nutzen der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger auch städtisches Geld in die Hand zu nehmen.

„Die jüngst vorgestellte Rahmenplanung für das Kureck ist nur das letzte Beispiel für die visionlose und investorenhörige Stadtplanung, die seit Jahren in Wiesbaden vorherrscht“, sagt der planungspolitische Sprecher der SPD-Rathausfraktion, Kai-Christofer Burghard.

Unter dem Vorwand, alte Fluchtlinienpläne herzustellen soll Investoren die Möglichkeit geboten werden, am Kureck und in der Innenstadt nach-

zuverdichten. „Aber bei der Nachverdichtung am Parkplatz in der Spiegelgasse machen wir nicht mit“, beschreibt Burghard die Position der SPD.

Das Kureck sei allerdings nur das letzte Beispiel uninspirierter Planungspolitik. „Egal wo wir hinschauen: Elsässer Platz, Platz der Deutschen Einheit,

Stadtbibliothek, Walhalla, Marktkeller, Mauritiusgalerie - wichtige städtebauliche Projekte kommen nur dann voran, wenn ein Investor seine eigenen Wünsche durchsetzen kann, ansonsten tut sich wenig bis gar nichts“, sagt Burghard, der fragt: „Was ist denn beispielsweise aus der von SPD-Dezernent Holger Goßmann angestoßenen Rahmenplanung für die westliche Innenstadt und der Entwicklung der Schwalbacher Straße seit 2001 geworden?“

Der SPD-Politiker nennt beispielhaft den Platz der Deutschen Einheit: „Mit großem Aufwand

wurden uns Pläne und Planungen präsentiert - mittlerweile werden nicht nur der VCW und die Deutsche Volleyball Liga nervös, auch die Elly-Heuss-Schule wartet weiterhin auf eine Schulturnhalle und die Bürgerinnen und Bürger auf eine Lösung an diesem Problemplatz.“

Auch nach dem von der SPD durchaus begrüßten Ankauf von Marktkeller und Walhalla fehlen für diese Objekte Zukunftskonzepte. Gleiches gilt für den Elsässer Platz, unter den eine Quartiersgarage kommen sollte, wo aber seit vielen Jahren nichts vorankommt.

„Dabei“, so Kai-Christofer Burghard, mangelt es nicht an städtischen Institutionen, die eine neue Heimstätte suchen: Die Stadtbibliothek benötigt zum Beispiel ein neues Domizil, auch das Stadtarchiv wird von Raumproblemen geplagt - da ließe sich doch auch in Verbindung mit der Mauritiusgalerie etwas entwickeln“, nennt Burghard nur eine von vielen Möglichkeiten zur Gestaltung der Innenstadt im öffentlichen Interesse.

## Saubere Stadt?

Probleme offen ansprechen

Nicht jeder und jede, die die mangelhafte Sauberkeit in der Stadt kritisiert, redet Wiesbaden schlecht.

Denn Fakt ist, dass in der Umfrage einer Wiesbadener Tageszeitung die Sauberkeit auf den Straßen und Plätzen miserable Noten bekommen hat. Für die SPD-Fraktion steht fest, dass es natürlich zuallererst die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger sein muss, ihre Stadt sauber zu halten. Allerdings müssen



auch endlich wieder mehr Mitarbeiter bei Ordnungs- und Grünflächenamt beschäftigt werden, die sich um die Kontrolle von Müllsündern und die Herrichtung öffentlicher Grünflächen kümmern.

Der SPD-Umweltpolitiker Klaus Ries erinnert daran, „dass es die Jamaika-Koalitionäre waren, die in den letzten Haushaltsberatungen gegen die Erhöhung der Stellen im Grünflächenamt gestimmt haben.“



Leider zu viele Dreck-Ecken in unserer schönen Stadt. Eine jetzt regierende Partei hatte einmal damit geworben, Wiesbaden sicherer und sauberer zu machen. Tja...

## Termine

### Kultur und Unterhaltung: Die Sommerlust

Mit maßgeblicher Beteiligung der Rathausfraktion findet auch in diesem Jahr die beliebte Sommerlust der Wiesbadener SPD statt. Unter Leitung von Stadtrat **Wolfgang „Wolli“ Herber** haben Partei und Fraktion gemeinsam ein Kultur- und Unterhaltungsprogramm zusammengestellt.

**Freuen Sie sich im Sommer 2009 unter anderem auf:**

**Fahrt mit Heidemarie Wiczorek-Zeul in der Thermine**  
Sonntag, 9. August, 15.00 Uhr  
Treffen am Dern'schen Gelände

**Historischer Spaziergang durch Alt-Biebrich**  
Mittwoch, 19. August, 16.00 Uhr  
Treffpunkt an der Freitreppe des Biebricher Schlosses

**International Auringen Open - Boule-Turnier**  
Sonntag, 23. August, 11.00 Uhr,  
Sportplatz Wiesbaden-Auringen

**Frauenpolitische Weinprobe**  
Mittwoch, 26. August, 17.00 Uhr,  
Ort wird noch bekannt gegeben

**Auringer Rundwanderweg**  
Samstag, 26. September, 15.00 Uhr,  
Start: Bahnhof Auringen/Medenbach

Anmeldung zu den Veranstaltungen unter Tel: 0611-99 99 110.  
Weitere Informationen: [www.spd-fraktion-wiesbaden.de](http://www.spd-fraktion-wiesbaden.de)

### Die SPD wünscht eine schöne Sommerzeit

Die SPD-Fraktion wünscht allen Leserinnen und Lesern der Rathaus-Seiten, einen schönen Sommer und eine erholsame Urlaubszeit!



## kurz & knackig

### Niemöller-Schule: Lösung drängt!

Vor rund eineinhalb Jahren ist sie durch Brand weitgehend zerstört worden: Die Martin-Niemöller-Schule am Moltkering. Die SEG (Stadtentwicklungsgesellschaft) hat bereits im Winter 2008 in zügiger Arbeit ein Ausweichquartier bereit gestellt, aber das Rotaprint-Gebäude am ehemaligen Güterbahnhof West ist kein Dauerstandort für das Oberstufengymnasium. Um so unverständlicher ist es, dass immer noch keine genaue Bau- und Kostenplanung für den Wiederaufbau der Schule vorliegt.

Und dass die Sanierungskosten inzwischen von vier auf 18 Millionen Euro angestiegen sind, spottet jeder Beschreibung. Deshalb fordert die SPD, dass sich die beiden zuständigen Dezernentinnen Rita Thies (Grüne) und Rose-Lore Scholz (CDU) zügig auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, eine Maßnahmen- und Kostenkalkulation im Stadtparlament vorlegen und endlich loslegen - zum Wohle der Schülerinnen und Schüler!

### Vergünstigungskarte: SPD bleibt dran

Die Wiesbadener SPD hat sich auf ihrem Parteitag ausdrücklich für die Einführung einer Vergünstigungskarte für Menschen mit niedrigem Einkommen ausgesprochen. Die Idee: Bei Vorlage der Karte sollen in Wiesbaden Ermäßigungen in Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen oder

bei Angeboten für Kinder und Jugendlichen gewährt werden. Bereits bestehende städtische Vergünstigungen, wie die Familienkarte oder Zuschüsse für

„Essen auf Rädern“ können so zusammengefasst werden.

In Wiesbaden sind über 33.000 Menschen auf zusätzliche Zahlungen zur Existenzsicherung angewiesen.

Fast jedes vierte Kind benötigt staatliche Unterstützung und etwa ein Viertel der Wiesbadener Haushalte lebt in schwierigen Einkommensverhältnissen.

Ziel muss es daher aus SPD-Sicht sein, dass niemand wegen seiner Einkommenssituation den Anschluss in unserer eigentlich reichen Gesellschaft verliert.

**Aktuelle Meldungen gibt's im Internet unter [www.spd-fraktion-wiesbaden.de](http://www.spd-fraktion-wiesbaden.de)**

### Impressum

„Rathaus-Seiten“.  
Zeitung der SPD-Fraktion im  
Wiesbadener Rathaus.

Herausgeber:  
SPD-Fraktion Wiesbaden,  
Schlossplatz 6, 65183 Wiesbaden

Verantwortlich: Axel Imholz  
(Fraktionsvorsitzender)

Redaktion:  
Christian Lahr

Bildmaterial: SPD-Fraktion

Gestaltung:  
Stefan Dorzok, 2+ Design,  
Wiesbaden

Satz:  
Christian Lahr

Druck:  
Druckerei Zeidler, Mainz-Kastel

Auflage: 45.000

### Kontakt

Sie haben Fragen zur Politik  
in Wiesbaden?

Sie wollen uns mitteilen,  
was Ihnen wichtig ist?

Sie wollen uns Ihre Meinung  
sagen?

Dann erreichen Sie die SPD-  
Fraktion im Rathaus unter:

**Telefon:** 06 11 - 31 33 37

**Telefax:** 06 11 - 31 59 20

**E-Mail:** [spd.stadtverordnetenfraktion@wiesbaden.de](mailto:spd.stadtverordnetenfraktion@wiesbaden.de)

**Internet:** [www.spd-fraktion-wiesbaden.de](http://www.spd-fraktion-wiesbaden.de)

Natürlich sind wir auch persönlich für Sie da:  
Unsere Geschäftsstelle befindet sich im **Rathaus, 3. Stock, Raum 320** - schauen Sie doch einfach mal vorbei!